

## Schweiz

## Ausgerechnet Frankreich

**Steuertransparenz** Seit Jahren führt das westliche Nachbarland gegen die Schweiz einen Kleinkrieg in Sachen Steuerfragen. Nun, da Bern Daten tauschen will, hat Paris technische Probleme. Die Schweiz müsse trotzdem liefern, finden die Franzosen.

**Fabian Schäfer** und  
**Markus Häfliger**

Alle Länder haben ihre Steuerdaten geliefert. Alle? Nein. Ein Land ist seinen Verpflichtungen bisher nicht nachgekommen: Frankreich. Der grosse Nachbar, der zuvorderst für den automatischen Informationsaustausch (AIA) leidenschaftlich gekämpft hat, ist zurzeit nicht in der Lage, seine Daten zu liefern. Deshalb erhält er vorerst auch jene der Schweiz nicht, nach denen es ihn schon so lange gelüftet.

Ende September hat die Schweiz zum ersten Mal am AIA teilgenommen. Der Schritt ist historisch: Der Bund hat Daten zu rund 2 Millionen Konten bei 7000 Banken, Versicherungen und anderen Institutionen an ausländische Steuerbehörden übermittelt – und damit das Bankgeheimnis gegenüber dem

Ausland definitiv aufgehoben. Der Austausch umfasst Namen, Kontonummern, Kontostände, Zinsen, Dividenden sowie Gewinne aus dem Verkauf von Vermögenswerten. Wer zum Beispiel in Deutschland steuerpflichtig ist und in der Schweiz ein Konto hat, muss gewärtigen, dass alle diese Angaben zum deutschen Fiskus fliessen.

#### Erheiterung in Bern

Dieses Jahr hat die Schweiz mit den EU-Staaten und neun weiteren Ländern Daten ausgetauscht. Anfang Oktober teilte die Eidgenössische Steuerverwaltung mit, dass Australien, Estland, Frankreich, Kroatien und Polen noch keine Informationen geliefert haben. Gestern gab sie auf Anfrage bekannt, dass mit Ausnahme von Frankreich inzwischen alle Länder ihre Daten transferiert haben. Die techni-

schene Probleme, die Paris geltend macht, scheinen aber hartnäckiger zu sein. Die oberste Steuerbehörde Frankreichs, die Generaldirektion für öffentliche Finanzen, teilte gestern auf Anfrage mit, die Datenlieferung werde im November nachgeholt. Anfang Oktober hatte dieselbe Behörde gegenüber der französischen Wirtschaftszeitung «Les Echos» noch erklärt, man werde in den nächsten Tagen liefern.

Zur Begründung hält ein Sprecher fest, das Volumen der Daten, die Frankreich erheben und übermitteln müsse, sei deutlich grösser als letztes Jahr. Zum einen nähmen mehr Staaten am AIA teil, zum anderen habe sich dessen Umfang vergrössert, weil nun insbesondere auch Daten zu Lebensversicherungen darunterfielen.

In Bern stossen diese Erklärungen nicht gerade auf grosses

Verständnis, zumal die Spielregeln für den AIA schon seit langem bekannt und für alle Länder dieselben sind. Öffentlich reagiert die Steuerverwaltung des Bundes diplomatisch abgeklärt auf die Probleme der Franzosen. Intern aber lösten sie dem Vernehmen nach einige Erheiterung aus, vielleicht sogar etwas Schadenfreude. Denn die französischen Steuerbehörden haben ihren Schweizer Kollegen in den letzten Jahren nichts geschenkt und alles unternommen, um sich unbeliebt zu machen.

#### Schweiz will warten

An dieser Tradition halten sie auch jetzt fest. Obwohl die Franzosen selber noch keine Steuerdaten übermitteln können, fordern sie die Schweiz in scharfem Ton auf, ihr Zahlenmaterial trotzdem schon jetzt nach Paris zu senden. Der Sprecher der

Generaldirektion hält fest, der AIA sehe nicht vor, dass ein Land die Lieferung in einem solchen Fall aufschiebe. Da die Schweiz den anderen Ländern deren Daten übermittelt habe, müsse sie auch Frankreich jetzt schon bedienen.

Bern widerspricht: Der AIA beruhe auf Gegenseitigkeit, hält die Eidgenössische Steuerverwaltung fest. Man schicke die Daten erst, wenn Frankreich bereit sei, seine zu schicken. Auch die anderen Länder, die verspätet geliefert haben, hat der Bund nicht schon im Voraus bedient.

#### Viele Steuerkonflikte

Das Timing des neuesten französisch-helvetischen Scharmützels ist insofern pikant, als zurzeit die UBS in Paris vor Gericht steht. Die Vorwürfe – Geldwäscherei und unerlaubte Kundenwerbung – gehen zurück auf die Geschäfte in der alten Welt des

Bankgeheimnisses, in der Schweizer Banken ein sicherer Hafen für ausländische Steuerhinterzieher waren.

Auch sonst verbindet die beiden Länder eine lange Serie von fiskalischen Konflikten. Einiges ist inzwischen abgehakt, so etwa der Zwist um die Besteuerung im Schweizer Sektor des Flughafens Basel-Mulhouse. Auch um die Pauschalbesteuerung, von der viele vermögende Franzosen profitieren, ist es nach turbulenten Jahren ruhiger geworden. Zuletzt gab es dafür Rechtsstreitigkeiten um die Amtshilfe, über die Paris an Kontodaten seiner Bürger gelangen wollte, zum Teil auf der Basis von gestohlenen Daten.

Solche Auseinandersetzungen werden fortan in der neuen Welt der Steuertransparenz nicht mehr nötig sein, jedenfalls sobald Frankreich in der Lage ist, am AIA teilzunehmen.

## Mit raschen Reformen gegen die steigenden Prämien

**Gesundheitspolitik** Ein breites Bündnis will statt neuer Gesetze auf bestehenden Massnahmen aufbauen.

Wenn die Krankenkassen dieser Tage die Prämien für das nächste Jahr bekannt geben, kennen diese nur eine Richtung: nach oben. Zwar steigen sie aktuell weniger stark als in den Vorjahren, doch die Kosten des Gesundheitswesens stehen unverändert weit oben auf der Sorgenliste der Bevölkerung. Die Politik greift das auf: Die CVP sammelt Unterschriften für eine Volksinitiative, die SP wird bald folgen. Der Bundesrat hat vor Wochen die ersten sieben Massnahmen aus einem Paket von 38 Vorschlägen in die Vernehmlassung geschickt, um die Kosten zu stabilisieren. Steigen diese weiter, werden auch die Prämien wieder stärker ansteigen.

Nun schaltet sich ein Bündnis in die Diskussion ein, das etwas ganz anderes fordert: Statt grosser Würfe müsse das bestehende Krankenversicherungsgesetz (KVG) besser umgesetzt werden. Das «Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen» vereint Vertreter aus fast allen am Gesundheitswesen interessierten Kreisen, nämlich Krankenkassen, Spitäler, Ärzte, Apotheker, Pharma, Medizintechnik und Labors. Involviert sind etwa der Apotheker- und der Spezialärzteverband, die Kassen Group Mutuel und Swica oder die Privatklinikgruppe Hirslanden. Politisch arbeitet das Bündnis mit Vertretern aus allen Parteien zusammen.

#### Unnötige Kosten

«Das geht alles viel zu lange», sagt Bündnis-Geschäftsführer Andreas Faller zu den Vorschlägen von Bundesrat und Parteien. Der ehemalige Vizedirektor des Bundesamtes für Gesundheit findet, es bestünden viele Möglichkeiten, auf Verordnungsebene rasch etwas zu bewegen. Er teilt die Meinung von Bundesrat Alain Berset (SP), dass es viele Leerläufe und überflüssige Leistungen gebe, die unnötige Kosten verursachen. Dem sei aber nicht mit mehr Steuerung von oben, sondern mit den richtigen Rahmenbedingungen beizukommen. «Die Politik muss die An-



Die Spitalpersonal bekommt als Erstes mit, was im Alltag schief läuft: Operation in einer Privatklinik in Winterthur. Foto: Simon Tanner

reize richtig setzen, damit sich die Akteure effizient verhalten.» Was das Bündnis darunter versteht, ist einem Papier zu entnehmen, das dieser Zeitung vorliegt.

**Bessere Spielregeln:** Das KVG sieht schon heute vor, dass die Kassen nur Leistungen bezahlen, die «wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich» sind. Das Problem dabei sei, so Faller, dass auch mehr als 20 Jahre nach Einführung des KVG nicht klar sei, was unter diesen drei Begriffen genau zu verstehen ist. «Die Spielregeln sind nicht klar.» Wenn der Bund dies genauer definieren und messbar machen würde, wüssten sowohl Leistungserbringer wie Kassen, was bezahlt

wird und was nicht. «Die Rechtsgrundlage dazu ist vorhanden», sagt Faller.

**Anreize zur Effizienzsteigerung:** Bis jetzt haben die Leistungserbringer jede Senkung der Preise mit höherer Menge wieder zu nichtegemacht. Das Bündnis fordert deshalb, dass die Leistungserbringer an Effizienzsteigerungen beteiligt werden: «Wer kosten- und qualitätsbewusst arbeitet, der soll etwas davon haben», findet Faller. Die von einer Expertengruppe des Bundesrates ausgearbeiteten Massnahmen sehen etwas anderes vor: Effizienzgewinne sollen vollständig abgeschöpft werden. «Wenn Spitäler oder Ärzte von Einsparun-

gen nichts behalten können, werden sie sich diese Mühe nicht machen», hält Faller dagegen.

**Transparenz über Qualität:** «Es braucht ein System von messbaren Indikatoren, damit die Versicherten Leistungserbringer vergleichen und ihren Arzt oder ihr Spital auswählen können», sagt Andreas Faller. Dagegen sträubt sich die Ärztevereinigung FMH seit Einführung des KVG, obwohl dieses seit 1996 ein Qualitätssicherungssystem vorschreibt. «Wer gut arbeitet, der soll dafür belohnt werden.» Und wer Qualitätsprobleme habe, der müsse es zu spüren bekommen. Den Kassen müsste deshalb erlaubt sein, mit qualitativ ungenügenden Leistungserbringern

oder Spitalern nicht mehr zusammenzuarbeiten.

All dies sei rasch umsetzbar, wenn es den politischen Willen dafür gebe, sagt Faller. Das Bündnis will seine Ideen in den nächsten Monaten in die Politik einbringen. Auf einer Website (Fehl-anreize.ch) sammelt es Beispiele, wie es nicht gehen soll. «Wir sind überzeugt, dass Patienten, Ärzte, Pflegenden und andere Beteiligte in ihrem Alltag mitbekommen, was schief läuft», sagt Faller. Diesen Hinweisen wolle man nachgehen. «Das bringt mehr als neue Verfassungs- und Gesetzesartikel, über deren Umsetzung man dann jahrelang im Parlament streitet.»

**Dominik Feusi**

#### Nachrichten

#### Positive Signale von EU-Staaten

**Rahmenabkommen** In einer Anhörung des Schweizer EU-Botschafters Urs Bucher in Brüssel lobten die EU-Staaten gestern die Fortschritte beim Rahmenabkommen. Sie drängten auf einen möglichst raschen Abschluss der Verhandlungen. Insgesamt sieben EU-Staaten hatten sich nach einer kurzen Rede von Bucher zu Wort gemeldet. Dem Vernehmen nach bezeichneten sie die Schweiz als verlässliche Partnerin. Ausserdem hätten sie sich froh gezeigt über die bisher erzielten Fortschritte auf dem Weg zu einem Rahmenabkommen. Gleichzeitig, so hiess es, betonten sie aber, dass die künftige Lösung auch die flankierenden Massnahmen einschliessen müsse. (sda)

#### Verdoppelung der Verkehrsleistungen

**Verkehr** In der Schweiz haben sich die Verkehrsleistungen in 50 Jahren verdoppelt. Die Leistung des privaten motorisierten Strassenverkehrs fällt fünfmal grösser aus als die der Bahnen, wie das Bundesamt für Statistik gestern bekannt gab. Die Verkehrsleistungen sind die Strecken, die von Menschen zurückgelegt werden. 2016 waren es auf dem Strassen- und Schienennetz 132,6 Milliarden Personenkilometer. Mit 98,9 Milliarden entfielen rund drei Viertel auf den privaten Strassenverkehr. Die Verkehrsleistung der Bahnen belief sich auf 20,8 Milliarden, der Langsamverkehr auf 8 Milliarden, der öffentliche Strassenverkehr auf 4,5 Milliarden Personenkilometer. (sda)

#### Bund öffnet Diesel-Pflichtlager

**Importe** Trockenheit hat den Rheinpegel derart sinken lassen, dass mangels Ölimporten Vorräte in der Schweiz knapp werden. Der Bund hat darum gestern Diesel-Pflichtlager teilweise freigeben: 30 000 Kubikmeter dürfen verkauft werden. Das entspricht rund 2,5 Prozent der gesamten Diesel-Pflichtlagermenge in der Schweiz. (sda)